

Chancen zur Teilnahme für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet wird. Bei geschichteter Stichprobe könnte sogar ein noch repräsentativerer Querschnitt der Bevölkerung erreicht werden. Der Einfluss von Lobby- und Interessengruppen würde gemindert und die erarbeiteten Empfehlungen wären weniger an Partikular- und stärker am Gesamtinteresse orientiert. Daneben können in parallelen, offenen Bürgerdialogen vor Ort und online weitere Beteiligungsmöglichkeiten geboten werden. Zugleich bietet dieser Vorschlag den Vorteil einer Disziplinierung der öffentlichen Diskussionskultur, was angesichts der Entgleisungen, die z.B. aktuell in sozialen Netzwerken zu Themen wie der Aufnahme von Asylbewerbern zu beobachten sind, wünschenswert ist.

Am Ende dieses Vorgehens mit der Verbindung von Vorteilen direktdemokratischer und deliberativer Verfahren stehen entweder Vorschläge, die zu einer neuen Lösung führen, die von den sich konträr

gegenüberstehenden Gruppen gemeinsam getragen werden kann. Dann kann in beiderseitigem Einverständnis auch auf eine Abstimmung verzichtet werden. Oder eine Abstimmung zwischen den konträren Vorschlägen findet statt. Dann aber auf Basis tieferer und breiterer Information und Meinungsbildung. Diese Aussicht, dass am Ende der Deliberation entweder eine gemeinsam getragene Lösung oder eine Abstimmung steht, deren Ergebnis verbindlich umgesetzt werden muss, hat auch Potenzial, größere Anteile der Bevölkerung für die politische Beteiligung zurück zu gewinnen. Denn die Bürgerinnen und Bürger wissen und erleben, dass Ergebnisse nicht in der Schublade landen. Damit unterstützt die Deliberation eine Entscheidungsfindung, die stärker am Allgemeinwohl orientiert ist als die Ergebnisse der jeweils einzelnen Verfahrenstypen. Schließlich finden Entscheidungen größere Akzeptanz und die Identifikation mit dem Gemeinwesen wird gestärkt.



**Birgit Böhm**

leitet am nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung die Akademie für Partizipative Methoden und arbeitet parallel an der TU Berlin zum Thema Partizipation in der Forschung.

[boehm@nexusinstitut.de](mailto:boehm@nexusinstitut.de)

*Aleksandra Sowa*

## **Deliberation in Zeiten des Internets**

### **Von der schwierigen Aufgabe, Politik und Netz zu synchronisieren**

Wie die Hacker in das Netz des Bundestages gekommen sind, wissen wir (noch) nicht. Vielleicht erfahren wir es auch nie. Oder vielleicht erst aus den bisher noch nicht ausgewerteten Unterlagen Edward Snowdens. Was wir aber wissen, ist, wie das Internet in den Bundestag kam. »Zwei Dinge durfte Mitte der 90er Jahre ein Abgeordneter nicht mit ins Abgeordnetenhaus

nach Bonn bringen: Seinen Hund und ein Modem (...)«, erinnert sich Jörg Taus, ehemaliger MdB und Internet-Politiker. Deshalb beförderte er sein erstes Modem: »(...) durch ein Fenster im Erdgeschoss des hohen Hauses am Pfortner vorbei«.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in *Websters New World Dictionary of Computer Terms* Begriffe wie »information security« oder

»cybersecurity« noch gar nicht. Es existierte nur eine Sicherheit, die gleichermaßen für die Offline- wie die Onlinewelt Gültigkeit besaß. Ein Hacker war in den 90ern auch noch kein Bösewicht, wenn er die vertraulichen E-Mails der Abgeordneten (kaum einer von ihnen hatte da schon einen eigenen Mail-Account) zu stehlen pflegte, jedenfalls nicht nur. Die Hackerethik war einfach und überzeugend: Informationen sollten frei zugänglich sein, und die Computertechnologie würde die Welt verbessern.

Im Jahr 1995 versammelte sich eine Gruppe Hacker in einem »Arbeitskreis Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Internet« – einem »Zusammenschluss von Menschen, die der SPD angehören oder ihr nahestehen und über das Internet zusammenarbeiten wollen«. Der Bonner Repräsentant des Arbeitskreises traf 1997 mit dem damaligen Bundesgeschäftsführer, Franz Müntefering, eine exklusive Vereinbarung darüber, den Namen »Virtueller Ortsverein (VOV)« führen zu dürfen.

Anders als die klassischen Ortsvereine definierte sich der VOV nicht als regionale Einheit der SPD, sondern, bedingt durch das damals gänzlich neue Kommunikationsmedium, als Gruppe, die das Internet für eine neue Form der politischen Arbeit nutzte. »Der VOV hatte sich von Anfang an auf die Fahne geschrieben, zu untersuchen, wie direkte Demokratie im Internet realisiert werden kann. Dazu gehören selbststrebend auch Wahlen«, erinnert sich Jens Hoffmann, Mitbegründer des VOV und Wahlleiter des Vereins. Nach guter demokratischer Gepflogenheit stellten die Mitglieder des VOV ihre Ideen im Netz zur Diskussion. Es wurden online Anträge gestellt, Beschlüsse gefasst, Wahlen und Abstimmungen vollzogen. Sie avancierten bald zu gefragten »Netzklärern« und traten auf den Parteitag, Seminaren, Messen etc. mit ihren »Internet-Cafés« auf.

In den »Newsgroups«, die sich politischen Themen widmeten, und im Virtuellen Ortsverein wurden in den Anfangs-

jahren des Internets erste Erfahrungen darüber gesammelt, wie deliberative Demokratie im Internet funktionieren kann. Das Internet – so die Überzeugung der Pioniere – würde helfen, die Demokratie zu revitalisieren, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, Erstwähler zu animieren und sinkender Bürgerbeteiligung eine Aktivierung entgegensetzen. Ab Juli 2001 sollte dann die direkte Demokratie im Rahmen eines vom Unterausschuss Neue Medien initiierten Projekts »Elektronische Demokratie« auch im Bundestag erforscht werden. Das Projekt *www.elektronische-demokratie.de* wurde bis Oktober 2002 durchgeführt. Der thematische Schwerpunkt lag – auf Beschluss des Ältestenrates – auf der Modernisierung des Informationsrechts. Im Rahmen eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts sollte die intensive deliberative Begleitung eines politischen Entscheidungsprozesses erprobt werden.

Im Rahmen des Projekts konnten sich interessierte Politiker bei der »virtuellen Podiumsdiskussion« einschalten. Die Diskussionsforen waren öffentlich und boten Gelegenheit, sich zu Themen wie Datenschutz-Audit, Informationsfreiheit, Vorratsdatenspeicherung oder Sicherheit im Netz auszutauschen. Ein eigenes Forum befasste sich damit, neue Themenvorschläge zu erfassen und zu diskutieren. Die Diskussionen waren interaktiv, u.a. ohne Vorabprüfung der Beiträge und/oder Zensur, und wurden moderiert, wobei sich der Moderator aktiv an den Diskussionen beteiligte und Informationsmaterial bereitstellte.

Im Jahr 2002 wurde das Projekt beendet, sollte aber auf Beschluss des Bundestages weiterentwickelt und ausgebaut werden. In Expertenkreisen wird das Projekt im Nachhinein als »eines der fortgeschrittensten parlamentarischen Onlinedialog-Experimente in Europa« bezeichnet.

Dr. Johann Bizer, damaliger Moderator des Projekts und später stellvertretender Landesbeauftragter für Datenschutz des Landes Schleswig-Holstein, wies in seinem

## Erfolgsfaktoren für elektronische Demokratie

Bericht darauf hin, wie wichtig die Möglichkeit zur anonymen Teilhabe an der Diskussion für die Teilnehmer war: »(...) im Projekt wurde eine liberale Registrierung praktiziert. Das bedeutet, dass ein Name, der durchaus fiktiv sein konnte, und eine E-Mail-Adresse angegeben werden mussten.« Zwei Drittel der Diskussionsteilnehmer hätten Pseudonyme gewählt. »Offensichtlich ist eine liberale Registrierung für die Benutzer sehr wichtig«, konstatierte er in einem Fachgespräch zum Projekt »E-Demokratie« im Jahr 2005 und nannte Anonymität als einen der Erfolgsfaktoren für die elektronische Demokratie, neben den Faktoren »Varianz und Attraktivität der Angebote und Formen« sowie »Zeitressourcen der Abgeordneten«. Das politisch interessierte Internetpublikum wollte unterhalten werden und anonym bleiben.

Bei der Demokratie handele es sich um einen zeitintensiven Prozess, schrieb der Soziologe Hartmut Rosa in *Beschleunigung und Entfremdung*. »Es kostet einfach Zeit, die Öffentlichkeit zu organisieren, die relevanten sozialen Gruppen zu identifizieren, Argumente zu formulieren und abzuwägen, eine Einigung zu erzielen und überlegte Entscheidungen zu treffen«. So wurden die potenziellen Beteiligungsoptionen 2007 im Konzept *e-Parlament 2.0* von Simone Fühles-Ubach, mit denen die Integration partizipativer Elemente in der Internetpräsenz des Bundestages untersucht werden sollten, entlang der Komplexität der Verfahrensbetreuung gegliedert: von Ja-/Nein-Abstimmungen über strukturierte und unstrukturierte Onlinechats, bis hin zu Onlinekonferenzen und Ausschuss-Wiki.

Doch die »Digitalisierung der Gesellschaft (wirft) grundlegende Fragen auf, denen sich die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger stellen müssen«, stellte man im Bundestag fest, Zeitressourcen hin oder her. 2010 setzte man eine Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesell-

schaft« ein. Die Zielvorgaben des »bisher einmaligen Experiments«, wie der Auftrag der Kommission im Schlussbericht bezeichnet wurde, lautete, »auf dem Feld der Online-Bürgerbeteiligung Neuland zu erschließen«. Bei der »starken Einbindung der Öffentlichkeit in die parlamentarischen Abläufe« sollte die Kommission mit gutem Beispiel vorangehen. Sie tagte von Beginn an öffentlich. Hierfür wurde sogar eine Ausnahme in der Geschäftsordnung des Bundestages geschaffen, wonach die Ausschusssitzungen nicht-öffentlich seien. Kontrovers wurde darüber diskutiert, auch die Sitzungen der zwölf Projektgruppen im Internet zu übertragen. Schließlich stimmte jede Gruppe selbst darüber ab, ob »ausgewählte Projektgruppensitzungen zu übertragen« seien. Trotz mehrheitlichen Votums der 34 Kommissionsmitglieder für die Übertragung konnte diese aufgrund fehlender Ressourcen doch nicht umgesetzt werden.

Im Zentrum der Bürgerbeteiligung stand bei der Enquete-Kommission die »Textarbeit«. Mittels Beteiligungstool »Adhocracy« konnten sich die registrierten Mitglieder über die abgestimmten Arbeitsergebnisse der Kommission informieren oder Arbeitspapiere, »die zwar bereits intern zwischen den Fraktionen abgestimmt, aber noch nicht von der Kommission insgesamt verabschiedet worden waren«, einsehen, kommentieren und Vorschläge einreichen. »Diese Veröffentlichung bereits in der Arbeitsphase sollte die Beteiligung der Öffentlichkeit auf Augenhöhe möglich machen«, wurde im Schlussbericht vermerkt. Der Wunsch einiger Kommissionsmitglieder, bereits im Vorfeld noch nicht in den Projektgruppen abgestimmte Texte online zu stellen, wurde nicht berücksichtigt.

»Ich hätte mir (...) mehr Informations- und Meinungsaustausch gewünscht«, kommentierte ein Mitglied der Enquete (Pseudonym »padeluum«) im Schlussbericht die Arbeit der Kommission, »stattdessen spielten wir oft ›Text-Tetris‹ und schoben Textbausteine hin und zurück«. Dies sollte

sich anschließend als Hemmschwelle für eine stärkere Bürgerbeteiligung herausstellen. »In der Praxis zeigte sich, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger gering war, sich intensiv mit den bereits abgestimmten Texten aus der Projektgruppe zu befassen«, heißt es im Schlussbericht. Markus Beckedahl, damaliges Mitglied der Enquete, bemängelte, dass ein »Außenstehender nicht genau wusste, was gerade in den nicht-öffentlichen Arbeitsgruppen abliefe«. Es motiviere verständlicherweise nicht unbedingt zu mehr Beteiligung, wenn man nicht genau weiß, »worum es gerade geht«. In den ersten Tagen meldeten sich gut 1.000 Teilnehmer für das Experiment. Die Zahl stieg bis zum Ende der Enquete auf über 3.250 »und blieb insgesamt hinter den Erwartungen zurück«.

Es sei für die parlamentarischen Abläufe insgesamt nichts Neues, Beiträge von außen in den Meinungsbildungsprozess einzubinden, zogen die Autoren des Schlussberichts ein Fazit, doch »in der Praxis (...) erhöhte die Bürgerbeteiligung den Aufwand an Abstimmung und Informationsdichte, die bei zwölf sehr unterschiedlichen Themenfeldern ohnehin groß war«.

»Natürlich lässt sich auf eine gewisse Weise auch die Demokratie beschleunigen«, schreibt Hartmut Rosa, gerade mithilfe des Internets. Internetumfragen würden in Sekundenschnelle Mehrheiten erheben und Meinungsbilder erstellen lassen. Doch diese würden keinerlei Deliberationsprozess im Habermas'schen Sinne reflektieren, konstatiert Rosa, in dem Argumente formuliert, ausprobiert, erwogen und weiterentwickelt werden. »Vielmehr bringen solche *polls* Bauchreaktionen zum Ausdruck, die weitgehend und manchmal auch vollständig immun sind gegenüber der Kraft der besseren Argumente.«

Während es in den letzten beiden Dekaden zu einer signifikanten Beschleunigung in den Bereichen der ökonomischen Transaktionen, wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Innovationen kam, sei im Bereich der Politik kaum eine Tendenz zur Beschleunigung zu erkennen, beobachtet Rosa. Mehr noch: »jene Prozesse einer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dynamisierung, welche die Beschleunigungstendenz der Moderne charakterisieren, [bewirken] auch eine progressive *Verlangsamung* demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung«. »In der spätmodernen Politik bestimmt nicht (mehr) die Kraft des besseren Argumentes über den zukünftigen politischen Kurs«, bemängelt er. Dies ruft die Kritik in Erinnerung, die Ralf Dahrendorf bezüglich deliberativer Experimente im Internet bereits vor Jahren äußerte: Zwar werde dort viel diskutiert, doch habe bisher niemand ein Ergebnis gesehen.

Hartmut Rosa deutet diese Entwicklungen als »tiefgreifende Desynchronisation zwischen der Sphäre der Politik und der technologisch-ökonomischen Welt«. Etwas direkter drückte es die US-Rechtsanwältin Jennifer Granick kürzlich auf der Black-Hat-Konferenz in den USA aus. Das Internet entwickle sich gerade nicht zu einem Hebel für die Demokratie, sondern zunehmend zu einem Kontrollmedium. Man solle sich Gedanken machen, welche Rolle das Internet künftig in der Gesellschaft spielen werde, und – sollte sich die Richtung nicht ändern – damit anfangen, die Technologie für die nächste Runde der Revolution zu erfinden. »In den nächsten 20 Jahren müssen wir bereit sein, das Internet zu zerschlagen und etwas Neues und Besseres zu erreichen«, lautet Granicks Meinung.



#### Aleksandra Sowa

leitet zusammen mit dem deutschen Kryptologen Hans Dobbertin das Horst-Görtz-Institut für Sicherheit in der Informationstechnik. Sie ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen und in einem großen Telekommunikationskonzern tätig. Im November erscheint bei Springer Vieweg: *IT-Revision, IT-Audit und IT-Compliance*.